

BWE

Schub für die Energiewende

[25.06.2018] Klare gesetzlich fixierte Schritte zum 65-Prozent-Erneuerbare-Energien-Ziel der Großen Koalition, fordert der Bundesverband WindEnergie. Dazu gehöre auch eine Nachbesserung des Ausschreibungsdesigns, um den Ausbau in allen Teilen Deutschlands voranzutreiben.

Anlässlich der Eröffnung des Windenergiebranchentags Baden-Württemberg (21. Juni 2018) rief Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie (BWE), die Politik zu einer glaubwürdigen Umsetzung des Koalitionsvertrags auf. Zudem mahnte er ein Nachjustieren im Ausschreibungsdesign an, um den Ausbau der Windenergie weiterhin in allen Teilen Deutschlands zu gewährleisten. Der Koalitionsvertrag im Bund liefere eine gute Basis zum schnellen Ausbau der Erneuerbaren, zur mutigen Sektorenkopplung und für bessere Marktzugänge für die erneuerbaren Energien, so der BWE. Die Bundesregierung stehe in der Pflicht in klaren gesetzlich fixierten Schritten aufzuzeigen, wie sich das neue 65-Prozent-Ziel der Großen Koalition bis zum Jahr 2030 erreichen lässt. Länder und Kommunen seien parallel gefordert, die Energiewende vor Ort zu begleiten und zu ermöglichen.

Erfolgreicher Ausbau in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg habe in den vergangenen Jahren demonstriert, wie die Landespolitik und die Regionalplanung den erfolgreichen Ausbau der Windenergie unterstützen können. Damit würde zugleich deutlich gezeigt, wie wichtig ein ausreichend großer Vorlauf und eine Sicherheit hinsichtlich der perspektivischen Ausschreibungsvolumen ist, um die durchschnittlich mindestens drei bis fünfjährigen Planungs- und Genehmigungsverfahren voranzutreiben. Der Bund sei gefordert, hinsichtlich der Volumen und des gesetzlichen Rahmens für Klarheit zu sorgen. Der jährliche Zubau sei in Baden-Württemberg von acht Anlagen im Jahr 2014 und 52 Anlagen 2015 auf 124 Anlagen im Jahr 2016 gestiegen. Unter dem Erneuerbare-Energien-Gesetz konnten im Übergangsjahr 2017 weitere 116 Anlagen ans Netz gehen, informiert der BWE. Bei den Ausschreibungen im Jahr 2017 entfielen dagegen keine Zuschläge auf Baden-Württemberg. In den beiden Ausschreibungen 2018 gingen nur 7 von 184 Zuschlägen an Projekte aus dem Land. Hier ist ein Nachsteuern erforderlich, um den verbrauchsstarken Süden nicht von der Energiewende abzuschneiden, so der Bundesverband.

Allianz von Akteuren nötig

Um die Energiewende insgesamt erfolgreich zu gestalten, sei neben dem Zubau der Windenergie ein deutlicher Photovoltaikzubau erforderlich. Die mit dem EEG 2014 erfolgte Diskriminierung industrieller Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien muss nach Angaben des Bundesverbands dazu genauso überdacht werden, wie es gilt, die Eigenstromnutzung von Mietern, Hauseigentümern und Kleingewerbe zu erleichtern.

„Die Energiewende braucht einen neuen Schub“, sagt Albers. „Die Windbranche steht als Systemdienstleister bereit und will mehr Verantwortung übernehmen dürfen. In einer breiten Allianz von Akteuren – Einzelbetreibern, Landwirten, Bürgerwindparks, Genossenschaften, Stadtwerken, Regionalversorgern, großen EVUs, Versicherungen und Pensionsfonds – wollen wir der Politik helfen, die Ziele beim Klimaschutz zu erreichen.“

(sav)

Stichwörter: Windenergie, Bundesverband WindEnergie (BWE)